

Absender/in:



Posteingang:

Az:

Landkreis Vorpommern-Rügen
Der Landrat
FD 22 Jugend
Carl-Heydemann-Ring 67
18437 Stralsund

Antrag auf Übernahme der Verpflegungskosten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

(29 Absatz 2 Kindertagesförderungsgesetz (KiföG M-V) in Verbindung mit § 90 Absatz 4 Sozialgesetzbuch (SGB VIII))

Erstantrag Folgeantrag

für die Kindertageseinrichtung / Kindertagespflegestelle

Gewünschter Zeitpunkt ab dem:

Förderungsart und Förderungsumfang

Kinderkrippe ganztags (bis 10 h tgl.) Teilzeit (bis 6 h tgl.) halbtags (bis 4 h tgl.)
Kindergarten ganztags (bis 10 h tgl.) Teilzeit (bis 6 h tgl.) halbtags (bis 4 h tgl.)
Kinderhort ganztags (bis 6 h tgl.) Teilzeit (bis 3 h tgl.)

Kindertagespflege ganztags (bis 10 h tgl.) Teilzeit (bis 6 h tgl.) halbtags (bis 4 h tgl.)
 Vollzeit (bis 8 h tgl.)

Die nachstehend erbetenen Angaben bitte in Druckschrift ausfüllen.

Für das Kind/ die Kinder wird/ werden die Kostenübernahme/n beantragt	1	2	3
Familienname			
Vorname			
Geburtstag			
Staatsangehörigkeit			
Straße, Hausnummer PLZ Ort			

Antragsteller/in

Name

Wohnanschrift:

Zusammenleben mit dem anderen Elternteil/ Stiefelternteil:

 ja nein

	Sorgeberechtigte Personen		
	Mutter	Vater	Vormund
Name, Vorname			
Geburtsdatum			
Staatsangehörigkeit			
Anschrift, wenn abweichend vom Antragsteller			
Telefon dienstl./privat*			
E-Mail *			

*Angaben sind freiwillig und dienen ausdrücklich der schnelleren Kommunikation.

Angaben zu allen weiteren Kindern im Haushalt, die mit dem oben genannten Kind/ den oben genannten Kindern zusammenleben.

	Name, Vorname	Geburtsdatum	Staatsangehörigkeit
Kind			
Kind			
Kind			

A) Sind Sie Empfänger von Leistungen

- zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem II. Sozialgesetzbuch,
 - nach dem Dritten und Vierten Kapitel des XII. Sozialgesetzbuches,
 - nach den §§ 2 und 3 Asylbewerberleistungsgesetzen,
 - gemäß § 6a des Bundeskindergeldgesetzes (Kindergeldzuschlag)
 - nach dem Wohngeldgesetz (Wohngeld)
- dann legen Sie bitte nur den entsprechenden Bescheid dem Antrag bei.

- B) Sollten Sie keine der oben aufgeführten Leistungen erhalten, legen Sie bitte dem Antrag die zutreffenden Unterlagen in Kopie bei:
- Arbeitsvertrag/Ausbildungsvertrag
 - Lohnnachweise/Ausbildungsvergütung/BAB/BaföG/Rentenbescheid/Krankengeld
 - Arbeitslosengeldbescheid I
 - Einkünfte selbständige Tätigkeit - betriebswirtschaftliche Auswertungen (BWA) der letzten 3 Jahre und Einkommenssteuerbescheid der letzten 3 Jahre
 - Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung
 - Kindergeldbescheid
 - Mutterschaftsgeld
 - Elterngeldbescheid
 - Unterhalts-/ Unterhaltsvorschussbescheid
 - Übernahme der Verpflegungskosten durch Dritte
 - Kapitalvermögen
 - Sonstige Einkünfte
 - Mietvertrag/aktuelle Miete
 - bei Wohneigentum (Grundsteuerbescheid, monatliche Zinsbelastung, Wohngebäudeversicherung, Wasser, Müll etc.)
 - Versicherungen (Privathaftpflicht, Hausrat, geförderte Altersvorsorge, Unfall-, Kranken- und Pflegeversicherung)
 - Nachweis für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte
 - o mit dem PKW - Angabe der km einfache Fahrt
 - o mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Fahrkartennachweise, Monatsfahrkarte)
 - besondere Belastungen
 - o Unterhaltsverpflichtungen
 - o Kredit für unabweisbare Anschaffung.

Ich bestätige hiermit, dass vorstehende Angaben in allen Punkten wahr und vollständig sind. Ich weiß, dass wissentlich falsch gemachte Angaben oder dass das vorsätzliche Verschweigen von rechtserheblichen Tatsachen im Sinne des § 263 Strafgesetzbuch (StGB) strafbar sind und verfolgt werden können.

Ich verpflichte mich, alle Änderungen unverzüglich mitzuteilen, die für die Gewährung dieses Antrages von Bedeutung sind, dazu zählt auch ein Wohnortwechsel.

Mir ist bekannt, dass ich gemäß § 60 Abs. 1 SGB I verpflichtet bin, alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind. Auf Verlangen sind die Beweismittel vorzulegen. Komme ich dieser Aufforderung nicht nach, muss ich damit rechnen, dass mir ohne weitere Ermittlung die beantragte Leistung gem. § 66 Abs. 1 SGB I versagt werden kann.

Ich bin damit einverstanden, dass die erforderlichen persönlichen Daten unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Datenschutzgesetzes erfasst, gespeichert und verarbeitet werden.

Ort, Datum

Unterschrift der/ des Personenberechtigte/n

Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben/ Verpflichtungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe aus dem SGB VIII und KiföG M-V in Bezug auf die Feststellung des individuellen Bedarfs, Kostenübernahme der Elternbeiträge, Entlastungsbeiträge, Zahlungsverkehr verarbeitet. Umfangreiche Informationen entsprechend der Art. 13 und 14 DSGVO, insbesondere zu den Betroffenenrechten, können auf der Homepage des Landkreises unter <https://www.lk-vr.de/Quicknavigation/Datenschutz/> unter dem Menüpunkt Informationsschreiben nach DSGVO -Fachdienst FD 22 Jugend eingesehen werden. Auf Wunsch kann Ihnen eine Kopie ausgedruckt werden.